



© Salvatore Brandt

Liebe Leserinnen und Leser,

am 1. Juli wird Deutschland die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union übernehmen und damit an der Spitze der EU für sechs Monate wichtige Impulse setzen.

In den letzten Wochen und Monaten hat die Pandemie in Europa offengelegt, wie groß die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten sind - in der Wirtschaft, der Haushaltslage und im Gesundheitswesen. Teilweise haben sich diese Ungleichheiten sogar noch verschärft und die Schwächen der Europäischen Union wurden sichtbar.

Die Frage, wie die Europäische Union aus dieser Krise herauskommt und ob der Wiederaufbau gelingt, wird auch darüber entscheiden, welche Rolle die EU in der Welt zukünftig spielen wird. Nur ein starkes und geeintes Europa ist bei den globalen Herausforderungen wie Umwelt- und Klimaschutz, Migration, internationaler Handel und Digitalisierung gestaltungsfähig. Global bestehen können wir nur, wenn wir wirtschaftlich und technologisch stark bleiben und wenn wir mit einer Stimme sprechen.

Es kommt daher mehr denn je auf Zusammenhalt und Solidarität an. Und wenn die Staats- und Regierungschefs heute in Brüssel über den EU-Haushaltsplan für die Jahre 2021 bis 2027 und einen Wiederaufbaufonds beraten, dann steht also sehr viel mehr auf dem Spiel als die im Raum stehenden bis zu 750 Milliarden Euro. Es geht um nicht mehr und nicht weniger um die Frage, ob die Europäische Union auf Augenhöhe mit den anderen großen Akteuren der Weltbühne agieren kann.

Herzliche Grüße

Hans-Peter Friedrich

Diese Woche

Kraftvoll in die Zukunft

Gemeinsam Corona bekämpfen mit der Corona-Warn-App

Fernverkehrsverbindung nach Norden unverzichtbar

2

3

4

Treten Sie mit mir in Kontakt:





Kraftvoll in die Zukunft

Mit unserem Konjunkturpaket wollen wir Stabilität erhalten, die Konjunktur stärken und unsere Zukunft gestalten. Diese Woche haben wir wichtige erste Umsetzungsschritte wie beispielsweise das **Zweite Corona-Steuerhilfegesetz** und den **zweiten Nachtragshaushalt** beraten.

Die eingeschlagene Richtung ist eindeutig: mehr Nachhaltigkeit, mehr Digitalisierung und mehr Unterstützung für Familien. Unser Augenmerk liegt auch auf den Selbständigen und kleinen und mittelständischen Unternehmen. Ab dem 1. Juli sollen insgesamt 25 Milliarden Euro an Überbrückungshilfen zur Verfügung stehen – schnell, branchenübergreifend und unbürokratisch.



In meinem Video geht es rund um das Thema „Konjunkturpaket“ ([hier abrufbar](#)).

„Es geht beim Konjunkturpaket darum, jetzt die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen.“

Zweites Corona-Steuerhilfegesetz

Um die enorme Herausforderung in der Bewältigung der Corona-Krise zu meistern, wollen wir weitere steuerliche Maßnahmen beschließen. Diese Maßnahmen sollen möglichst schnell greifen, daher haben wir in dieser Woche in erster Lesung im Deutschen Bundestag über das Zweite Corona-Steuerhilfegesetz debattiert und wollen es noch vor der Sommerpause im Juli in zweiter und dritter Lesung abschließend beraten.

Die wesentlichen Inhalte dieses Gesetzes sind:

- eine befristete Absenkung des Umsatzsteuersatzes vom 1. Juli 2020 bis zum 31. Dezember 2020 von 19 auf 16 % und von 7 auf 5 %. Dies stellt eine Entlastung aller Menschen in Deutschland dar und soll zur Belebung der Konjunktur beitragen
- die Einführung der degressiven Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter bis zu 25 % bei Anschaffungen in den Jahren 2020 und 2021
- Verbesserungen der Möglichkeiten der Verlustverrechnung – dadurch können Unternehmen ihre 2019 erzielten Gewinne steuerlich mit Verlusten aus 2020 und 2021 direkt verrechnen
- die Erhöhung der steuerlichen Forschungszulage - die maximale Höhe der Forschungszulage pro Jahr wird auf eine Million Euro verdoppelt
- Familien soll je Kind ein Kindergeldbonus von einmalig 300 Euro ausgezahlt werden
- Alleinerziehende sollen befristet für die Jahre 2020 und 2021 durch eine Anhebung des steuerlichen Entlastungsbetrages von 1908 auf 4008 Euro unterstützt werden



Zweiter Nachtragshaushalt

In erster Lesung haben wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag den zweiten Nachtragshaushalt 2020 beraten, mit dem wir die umfangreichen Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 finanziell unterlegen.

Bestandteil des Haushaltes sind insbesondere Überbrückungshilfen zur Sicherung der Existenz von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dafür werden insgesamt weitere 25 Milliarden Euro bereitgestellt. Außerdem stärkt der Bund mit einem Gesamtvolumen von 13 Milliarden Euro die Finanzkraft von Ländern und Kommunen, indem er seine Beteiligung an den Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung für Arbeitssuchende erhöht und einen Beitrag leistet zur Finanzierung des ÖPNV.

Mit dem Nachtragshaushalt legen wir die Grundlage für einige wichtige Impulse für Wirtschaft und Konsum. Um diese rasch umzusetzen, haben wir flankierend in erster Lesung ein Haushaltsbegleitgesetz beraten mit den erforderlichen gesetzlichen Grundlagen. Es umfasst etwa Maßnahmen zur Unterstützung des weiteren Ausbaus der Mobilfunkinfrastruktur, zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung oder zur Begrenzung eines zu hohen Anstiegs der EEG-Umlage.

Gemeinsam Corona bekämpfen mit der Corona-Warn-App



Die neue Corona-Warn-App hilft uns, festzustellen, ob wir in Kontakt mit einer infizierten Person geraten sind und daraus ein Ansteckungsrisiko entstehen kann. So können wir Infektionsketten schneller unterbrechen.

Die App ist ein Angebot der Bundesregierung. Download und Nutzung der App sind vollkommen freiwillig. Sie ist kostenlos im **App Store** und bei **Google Play** zum Download erhältlich.

Weitere Infos rund um die App finden Sie in unserem [Faktencheck](#).

Ich habe die Corona-Warn-App schon installiert. Sie auch?



Fernverkehrsverbindung nach Norden unverzichtbar!

Eine Fernverkehrsverbindung nach Norden ist für unsere Region unverzichtbar. Je besser unsere Anbindungen und Verkehrsadern sind, umso leistungsstärker und attraktiver können wir als Wirtschaftsstandort und als Lebensraum sein. Eine gute Gelegenheit für eine leistungsstarke Anbindung nach Norden wäre die Umsetzung des sogenannten „Deutschland-Takts“, der am 30. Juni im Rahmen des Schienengipfels vorgestellt werden soll. Die ersten Entwürfe für diese Fernverkehrstaktung hatten für Hof und Plauen insbesondere einen 2-Stunden-Takt nach Berlin vorgesehen. Nunmehr ist aber zu befürchten, dass diese geplante Strecke von Binz nach Nürnberg über Berlin, Dessau, Leipzig, Altenburg, Reichenbach, Plauen, Hof und Marktredwitz in Leipzig gekappt werden soll.

Dies entspricht keineswegs unseren Erwartungen an den Deutschland-Takt, der optimierte Anschlüsse, kürzere Fahrzeiten und deutschlandweit eine bessere Anbindung der Regionen an die Großstädte verspricht. Wenn wir das System Bahn insgesamt attraktiver machen wollen, um mehr Fahrgäste zu transportieren und Inlandsflüge und den Straßenverkehr deutlich zu reduzieren, brauchen wir überall unmittelbar spürbare Verbesserungen. Die Vision eines modernen und ökologischen Bahnverkehrs ist aber unvereinbar mit einem komplizierten Umstieg im Leipziger Hauptbahnhof und einer anschließenden Weiterfahrt nach Hof mit einer S-Bahn über mehr als 20 Zwischenstationen hinweg. Das haben die Hofer Oberbürgermeisterin Eva Döhla, der Hofer Landrat Dr. Oliver Bär und ich in einem gemeinsamen Schreiben mit Politikern aus dem Vogtlandkreis an den Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer deutlich gemacht.



Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, (links) übergibt das Schreiben gemeinsam mit Landrat Dr. Oliver Bär (rechts) an Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer.

Impressum

Herausgeber: Dr. Hans-Peter Friedrich MdB, CSU im Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Telefon: 030 / 227 77491, E-Mail: hans-peter.friedrich@bundestag.de, Fax: 030 / 227 76040

Bildnachweis soweit nicht gesondert gekennzeichnet: privat